



Medienmitteilung

Parteiversammlung und Ständeratsnomination vom 11. Februar 2015 in Worben

Werner Luginbühl als Ständeratskandidat nominiert – NEIN zur Familieninitiative und NEIN zur Energiesteuerinitiative

Die BDP Kanton Bern hat Ständerat Werner Luginbühl einstimmig für die Wahlen am 18. Oktober nominiert. Zudem empfiehlt die BDP Kanton Bern FDP-Ständeratskandidatin Claudine Esseiva zur Wahl. Zu den Nationalratswahlen tritt die BDP Kanton Bern mit einer Stammliste und einer Liste der Jungen BDP an. Daneben hat die BDP Kanton Bern deutlich die Nein-Parolen sowohl für die Familieninitiative als auch für die Energie-statt Mehrwertsteuerinitiative gefasst.

Für die BDP Kanton Bern ist Werner Luginbühl, mit seiner offenen, pragmatischen und lösungsorientierten Sachpolitik der ideale Berner Standesvertreter. So nominiert die BDP Kanton Bern den 56-jährigen Berner Oberländer einstimmig und mit grossem Applaus als ihren Ständeratskandidaten. Daneben hat eine Mehrheit einen Einzelantrag unterstützt und damit beschlossen, neben Werner Luginbühl auch FDP-Ständeratskandidatin Claudine Esseiva zur Wahl zu empfehlen. In Bezug auf die Listengestaltung setzt die BDP Kanton Bern ein klares Zeichen für die Förderung von jungen Politikerinnen und Politiker. So tritt die BDP Kanton Bern neben der Stammliste mit einer Jungen-Liste zu den Nationalratswahlen an. Die Nominationsversammlung wird am 25. Februar 2015 in Bolligen stattfinden.

Familieninitiative: Teuer und unfair

Für die BDP Kanton Bern verfehlt die Familieninitiative der CVP ihr Ziel, weil sie mit einem teuren und unzweckmässigen Giesskannenprinzip vor allem einkommensstarke Familien begünstigt. Zudem führt ein solch unfaires Steuergeschenk bei Bund, Kantonen und Gemeinden zu jährlichen Steuerausfällen von insgesamt rund einer Milliarde Franken. Alleine im Kanton Bern würden auf Kantonesebene 58 Millionen und auf Gemeindeebene 30 Millionen Franken fehlen, welche entweder mit Steuererhöhungen oder Sparmassnahmen kompensiert werden müssten.

Einstimmiges Nein zur Energie-statt Mehrwertsteuerinitiative

Die BDP-Mitglieder wollen sich nicht auf ein gefährliches Experiment mit unseren Bundesfinanzen einlassen und lehnen die Energie- statt Mehrwertsteuerinitiative deshalb deutlich ab. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer kommt für die BDP nicht in Frage, da sie für die Finanzierung der Sozialleistungen entscheidend ist. Für die BDP ist die Initiative unsinnig und teuer, denn durch den Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer werden untere Einkommen stärker belastet als höhere und der Werkplatz Schweiz durch höhere Energiekosten geschwächt.

Auskunft

Heinz Siegenthaler, Präsident, 079 813 24 34

Bern, 11. Februar 2015